LANDKAUF
IST DIE BESTE
KAPITAL-ANLAGE
INVESTIEREN AUCH SIE
IN KANADA!

Wir bieten Ihnen Grundbesitz von 20 000 bis 1 000 000 qm innerhalb zehn Kilometer Entfernung von den Niagara-Fällen Investmentareale 20 000 qm für 14 000 DM Objekte für private Wohnbauten und kommerzielle Zwecke.

Die Ländereien der NIAGARA FALLS ESTATES (CANADA) LTD. liegen im südlichsten Teil Kanadas, beiderseits der Hauptverkehrsader zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, dem berühmten QUEEN ELISABETH HIGHWAY, der Niagara Falls mit Buffalo verbindet.

Zukunftsentwicklung für den weiteren Ausbau des Fremdenverkehrs, Errichtung von Hotels und Motels, Einkaufszentren, Industrieanlagen und Wohngebäuden. Über 72 % aller Millionenvermögen in Kanada sind nachweislich durch Wertsteigerung des Grundbesitzes entstanden. Der wirtschaftliche Aufschwung hat jedoch erst begonnen.

WARUM KÖNNEN SIE HEUTE NOCH GÜNSTIG KAUFEN?

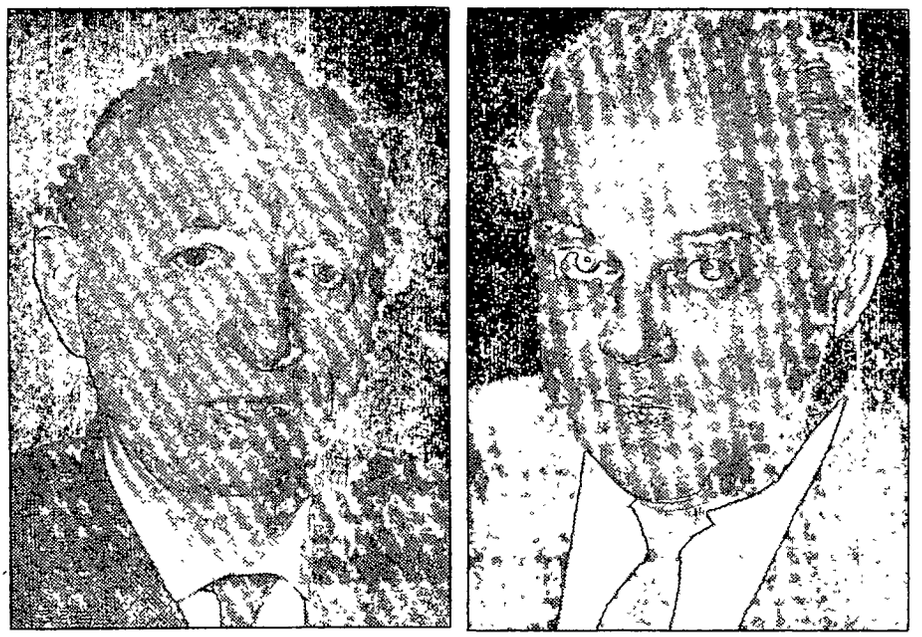
NIAGARA FALLS ESTATES (CANADA) LTD. besitzt viele Tausende von Morgen wertvollen Landes. Sie können also DIREKT VOM EIGENTÜMER kaufen, schalten den Zwischenhandel aus und profitieren vom Gewinn.

Rechtliche Kaufabwicklung über einen Notar in Deutschland. Keine Notarkosten, Maklerprovision oder Umschreibegebühr beim Grundbuchamt. Keine Grunderwerbsteuer.

NIAGARA FALLS ESTATES (CANADA) LTD.
Generalvertretung für Europa
6 Frankfurt/Main
Goethestraße 26-28 · Telefon 28 85 97

Ich bitte um unverbindliche Unterbreitung Ihres gesamten Unterlagenmaterials mit Luftaufnahmen, Lageplänen und Dokumenten offizieller Behörden.

Name .....
Anschrift .....
.....
Telefon .....



SPD-Wirtschaftsexperten **Troeger, Deist:** Wahlideen für die CDU

GEMEINSCHAFTSWERK

Nationaler Eintopf

Die SPD gab den Anstoß, ein Sozialdemokrat leitete die Kommission, in der die Idee entwickelt wurde, aber die CDU machte daraus ihren Wahlschlager. Ludwig Erhard dröhnte vor dem Düsseldorfer Parteitag wie bei einer Schiffstaufe: „Ich schlage vor, es ‚Deutsches Gemeinschaftswerk' zu nennen."

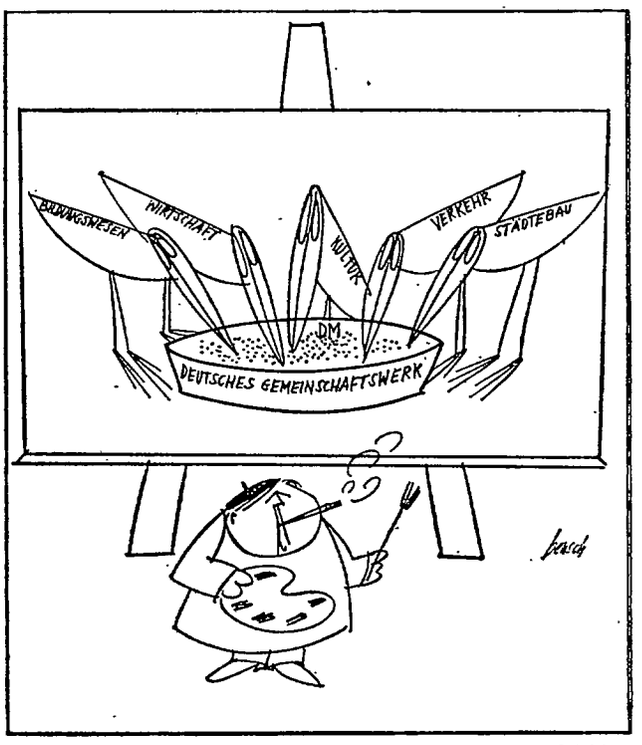
Die Christdemokraten vernahmen aus Kanzlermund, was sie viereinhalb Jahre lang als sozialistischen Humbug abgetan hatten: daß „die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben für uns eine nationale Lebensaufgabe ausmacht". Dahinter verbarg sich das Eingeständnis, daß mit der „sozialen Marktwirtschaft" zwar Massenwohlstand geschaffen wurde, daß aber nicht minder wichtige Aufgaben wie Schul- und Krankenhausbau, Städtesanierung und Straßenbau zu kurz gekommen sind.

Das möchte Erhard nun nachholen. Aus den Steuereinnahmen von Bund und Ländern will er — bis zum Jahre 2000 — jährlich Gelder in Höhe von einem Prozent des Sozialprodukts abzweigen und dem Sondervermögen „Gemeinschaftswerk" zuführen. Hinzukommen sollen die Privatisierungserlöse und öffentliche Anleihen.

Aus diesem Nationaleintopf, dem zunächst jährlich etwa vier Milliarden Mark, später — mit wachsendem Sozialprodukt — bis zu zehn Milliarden Mark zufließen würden, sollen jene Gemeinschaftsaufgaben finanziert werden, um die sich Bund, Länder und Gemeinden bisher gedrückt haben.

An solchen dringlichen Projekten ist in der Bundesrepublik kein Mangel. So forderten allein für die nächsten fünf bis zehn Jahre

- die Kultusminister der Länder 52,5 Milliarden Mark für Schulbau, Kunst- und Wissenschaftsförderung,
- der Deutsche Städtetag 170 Milliarden Mark für den Aus- und Umbau der deutschen Städte und
- eine amtliche Gutachterkommission 100 Milliarden Mark für den Straßenbau.



Handelsblatt

Zukunftsbild

Das Statistische Bundesamt schätzt den öffentlichen Investitionsbedarf für die nächsten acht bis zehn Jahre insgesamt auf 260 Milliarden Mark.

Diese Aufgaben hatte vor viereinhalb Jahren auch der inzwischen verstorbene SPD-Wirtschaftsexperte Heinrich Deist im Sinn, als er vorschlug, eine „Deutsche Nationalstiftung" zu errichten. Freilich wollte Sozialdemokrat Deist das Geld aus anderen Quellen schöpfen.

Durch eine Sonderabgabe der Großindustrie sollten jährlich 20 Prozent des Vermögenszuwachses — entweder in Form von Wertpapieren oder in bar — weggesteuert und der Stiftung zugeführt werden. Jeder Bundesbürger sollte die Möglichkeit haben, Anteilscheine des Fonds, ähnlich den Investmentpapieren, zu erwerben.

CDU-Wirtschaftsprofessor Fritz Burgbacher spöttelte damals: „Die SPD schafft es nicht, sich von alten, liebgewordenen Vorstellungen kollektiver Lösung frei zu machen." Die CDU/FDP-Koalition in Bonn glaubte, auch ohne das Nationalwerk genügend Straßen und Unterrichtsstätten bauen zu können.

Erst drei Jahre später drang auch bei der Bundesregierung die Ansicht durch, daß der riesige Nachholbedarf nur mit einer Reform der Steueraufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bewältigt werden könne. FDP-Finanzminister Rolf Dahlgrün setzte eine Finanzreform-Kommission ein, die Vorschläge für eine Neuaufteilung der Steuergelder ausarbeiten soll: Zu ihrem Vorsitzenden avancierte der ehemalige hessische SPD-Finanzminister Heinrich Troeger, der heute als Vizepräsident der Deutschen Bundesbank vorsteht.

Laufend erstattete die Troeger-Kommission der Bundesregierung Bericht über ihre Reform-Beratungen. So blieb auch dem Bundeskanzleramt nicht verborgen, daß die Finanzexperten unter anderem die Gründung eines Sonderfonds für öffentliche Investitionen berieten.

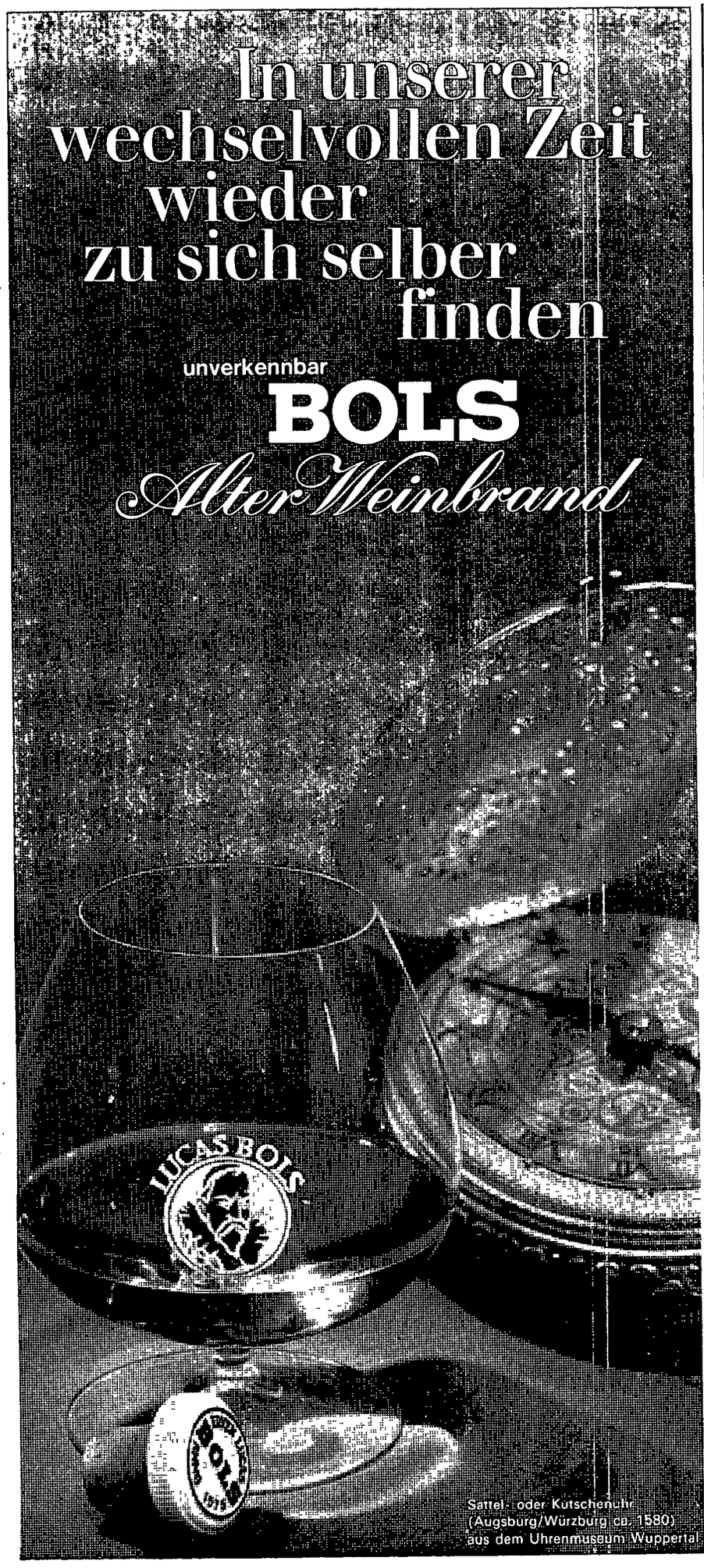
Troeger und seine Kollegen machten geltend, daß der Bund nur so einen reichgefüllten Konjunkturfonds erhalten werde, der vor den ausgabewütigen Parlamentariern sicher wäre. In Zeiten der Hochkonjunktur, so erwog die Kommission, sollte die Fonds-Verwaltung mit Ausgaben zurückhalten, bei einer Baisse hingegen die Wirtschaft mit öffentlichen Aufträgen ankurbeln.

Ludwig Erhard, um Zugnummern für den bevorstehenden Wahlkampf verlegen, zögerte nicht, die noch unausgegorene Expertenstudie für seine Zwecke nutzbar zu machen. Auf sein Geheiß rührte eine kleine Gruppe eingeweihter CDU-Mitarbeiter daraus den nationalen Eintopf „Deutsches Gemeinschaftswerk".

Nur mit Mühe vermochten Erhards Mitarbeiter, ihn von festen Terminprophezeiungen abzuhalten, noch ehe die Betroffenen — der FDP-Bundesfinanzminister und die Ministerpräsidenten der Länder — überhaupt gefragt worden waren (NRW-Landeschef Franz Meyers: „Warum hat man mir das vorher nicht gesagt?").

Die Bundesländer sind keineswegs alle bereit, Ludwig Erhard zuliebe und ohne solide Finanzreform auf einen Teil ihrer Steuereinnahmen zu verzichten. Noch weniger scheinen Bundes- und Länderparlamentarier gesonnen, ihr Etatrecht an ein Gebilde „mit





Sattel- oder Kutschenuhr
(Augsburg/Würzburg ca. 1580)
aus dem Uhrenmuseum Wuppertal

eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung" (Erhard) abzutreten.

Die freidemokratischen Koalitionspartner sind verärgert, weil Erhard auch ihren Finanzminister Dahlgrün nicht eingeweiht hatte. Namens der FDP aber hat Rolf Dahlgrün den Wählern öffentlich versprochen, künftige Einnahmeüberschüsse würden zu Steuersenkungen verwendet werden.

HALLSTEIN-DOKTRIN

Gute Hoffnung

Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung die Hallstein-Doktrin modifizieren und diplomatische Beziehungen mit einem Ostblockstaat aufnehmen.

Den Plan, das „Verhältnis zu den Staaten Osteuropas (zu) verbessern und soweit wie möglich (zu) normalisieren", hatte Schröder schon vor einem Jahr bekanntgegeben. Vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU sagte er damals: „Ich glaube Anzeichen dafür zu sehen . . . daß wir in diesen Staaten mit unserem Wunsch nach einer wirklichen Entspannung auf mehr Verständnis stoßen als einstweilen noch bei der sowjetischen Regierung."

Fast ein Jahr später, Ende März, auf dem Frankfurter FPD-Parteitag, stieß Erich Mende unter dem Eindruck der Bonner Schwierigkeiten im Nahen Osten nach. Er proklamierte, daß die Staaten, die „durch ihre Zwangszugehörigkeit zum sowjetischen Imperium zu keinem Zeitpunkt die Wahl hatten, die Zone anzuerkennen oder nicht", von der Hallstein-Doktrin befreit werden sollten. Die „Aufnahme diplomatischer Beziehungen" mit diesen Staaten liege also „im wohlverstandenen deutschen Interesse".

Wiederum acht Tage später sagte Schröder auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag: Man müsse auf die „Tendenz zu größerer Eigenständigkeit der osteuropäischen Länder positiv" reagieren.

Eben diese Tendenz beobachtet das AA seit längerem in Bukarest:



Rumäne **Nacuta**, Ruhr-Manager **von Menges**